

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 2.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends.  
Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf.  
Eingetragen in die Volkszeitungsliste Nr. 6482  
Geschäftsintrate pro Spalte, Zeile oder deren  
Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, 23. Januar 1904.

Verlag:  
A. Bahrberg, Hannover, Steintorstraße 6.  
Verantwortlicher Redakteur:  
August Berg, Hannover, Schillerstraße 6.  
Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

13. Jahrg.

## Simultanschulen und neutrale Gewerkschaften.

Von Brutus.

Seit Jahrzehnten wird in Deutschland auf dem Gebiete der Schulen der Kampf geführt um die konfessionelle Erziehung der Kinder. Während umfängliche, vorurteilsfreie Schulmänner von jeher den Standpunkt vertreten haben, daß die Kinder aller Religionsbekenntnisse in einer gemeinsamen Anstalt, der Simultanschule, unterrichtet und erzogen werden müßten, fordern die Geistlichen der verschiedenen Konfessionen eine Trennung der Kinder nach der Konfession der Eltern und Errichtung von konfessionellen Schulen. Diese Herren Geistlichen, die aus der Religion ein Geschäft machen, aus dem sie ihren Lebensunterhalt beziehen, befürchten nämlich, die Kinder könnten ihnen aus den Händen entschlüpfen, falls man ihnen jugendlichen, empfänglichen Gemütern nicht den Stempel des beschränkten Konfessionalismus aufdrückt und sie für eine bestimmte Kultusform dressiert. Allerdings sprechen sie dies nicht offen und ehrlich aus, dafür sind sie zu gerieben, sondern sie schieben allerlei Scheingründe vor. Da es offenbar Blödsinn ist, von einem katholischen Schreibunterricht oder einem evangelischen Rechenunterricht oder einem jüdischen Zeichenunterricht sprechen zu wollen, legen die Anhänger der konfessionellen Schule das Hauptgewicht auf den Religions- resp. Moralunterricht und schildern die Folgen eines allgemeinen, interkonfessionellen Unterrichts in den schmerzhaftesten Farben. Daß die Regierungen, die aus politischen Gründen auf die Unterstützung der Geistlichkeit angewiesen sind, die Simultanschulen den Gelüsten der „Gelehrten und Geheiligten“ geopfert haben und dadurch alljährlich vielen Millionen Kindern den Geist der Engherzigkeit und Einseitigkeit einflößen, muß das Bedauern eines jeden Kinderfreundes hervorrufen.

Da ist es denn erfreulich, daß auch einmal von hervorragender Stelle aus den reaktionären Finsternissen ein Spiegel vorgehalten worden ist. Der Kurator der Bonner Universität, von Rottenburg, ein kenntnisreicher und sozial empfindender Mann, hat vor kurzem in einer Rede folgende Aeußerung getan: „Von verschiedenen Seiten wird die Forderung erhoben, daß die Volksschule streng konfessionell gestaltet werden solle. Zur Begründung dieser Forderung weist man darauf hin, daß bei uns der Materialismus den Idealismus verdrängt und knüpft daran die Behauptung, nur die Religion vermöge diesem Prozeß moralischer Degeneration Einhalt zu gebieten. Wenn das richtig sein soll, muß der Katholik weiter behaupten, daß dasjenige Element in der christlichen Religion, das erzieherisch in der Richtung des Idealismus wirkt, in den spezifisch katholischen Dogmen enthalten sei. Der Protestant muß dasselbe von den spezifisch protestantischen Dogmen sagen, die Wissenschaft aber wird diese Argumentation verwerfen. Die stärksten erzieherischen Momente unserer Religion liegen in deren erhabener Moral; diese ist gleich für Katholiken und Protestanten. Eine konfessionelle Erziehung muß gerade das Gegenteil dessen bewirken, was sie zu bewirken sucht. Sperrt man das katholische Kind von seinen protestantischen Genossen ab, so erzeugt man in ihm notwendig die Vorstellung, als ob die Protestanten aus einem anderen Stoffe gemacht seien, vor dessen Berührung man sich zur Vermeidung einer gefährlichen Infektion hüten müsse. Nur in der Simultanschule läßt sich Gehorsam gegen das idealistische Gebot der Nächstenliebe anerkennen, nur dort ist das Vorurteil zu bekämpfen, als wären Protestanten und Katholiken aus verschiedenem Teig gebaden. Darum ist auch die Absonderung in konfessionellen Schulen, Konvikten, Seminaren usw. zu verwerfen.“

Diese Worte, deren Richtigkeit kein unparteiischer Mensch bestreiten wird, passen offenbar nicht nur auf das Gebiet der Schule, sondern auch auf das der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Auch auf gewerkschaftlichem Gebiete beobachten wir dieselben Zersplitterungsversuche, und charakteristischweise sind es dieselben Leute, die sich bestreben, die deutschen Arbeiter in katholische, evangelische oder christliche Gewerkschaften zu zersplittern. Auf beiden, aufcheinend so fernliegenden Gebieten betreiben die Vertreter der „Religion der Liebe“ ihre hegerische Thätigkeit und gleich lichtscheuen Maulwürfen unterwühlen sie den

Boden, aus dem das Heil der Arbeiter entspringen soll. Sie säen Mißtrauen zwischen die Arbeiter, um sie zu hindern, sich zur gemeinsamen Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen dauernd zusammen zu schließen. Und auch hier schieben sie die Religion in den Vordergrund und heucheln eine Sorge um das Seelenheil ihrer Schäflein, die einen ehrlich denkenden Menschen anwidert. Auf rein gewerkschaftlichem Gebiete haben alle Arbeiter die gleichen Interessen, unbekümmert um die sie trennenden konfessionellen Schranken; das Streben nach höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit, nach Hebung der Lebenslage im allgemeinen, ist allen gemeinsam und hat mit der Religion wahrlich nichts zu tun.

Das kann von keinem Menschen geleugnet werden, daß auf rein wirtschaftlichem Gebiete der Kampf, den die Arbeiter zu führen haben, ein gleicher ist für katholische, evangelische und jüdische Proletarier, und daß ungläubige, sozialdemokratische, liberale, konservative oder ultramontane Arbeiter in gleicher Weise gezwungen sind, sich gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Kapitalismus zu wehren. Der Kapitalismus selbst ist seiner Natur nach international und interkonfessionell, und vereinigt in sich Angehörige aller Konfessionen und Parteischattierungen; er nimmt keine Rücksicht auf die Konfession oder den Parteistandpunkt derjenigen Personen, die er ausbeutet. Da ist es denn offenbar der helle Unfug, daß die Opfer eines herzlosen Kapitalismus politische oder religiöse Schranken unter sich aufrichten, anstatt sich zu einer gemeinsamen, unüberwindlichen Truppe zusammenzuscharen. Vernünftige Arbeiter sehen dies auch ein und verurteilen deswegen die fortgesetzten Zersplitterungsversuche jener Leute, die ein Interesse daran haben, Mißtrauen und Uneinigkeit unter das Proletariat zu säen. Leider gibt es noch viel zu viel Arbeiter, die sich von den Aposteln der Zwietsracht ins Schlepptau nehmen lassen und deren arbeitserfindliche Bestrebungen trichterweise unterstützen.

Ebenso wie es ein Unfug ist, die Kinder eines und desselben Volkes in konfessionellen Schulen gegen einander zu verhetzen, wie dies von Leuten geschieht, die selbst in ihrer Jugend verhetzt worden sind, ebenso ist es ein Unfug, die Arbeiter ein und derselben Branche gegenseitig zu verfeinden. Die Vertreter der verschiedenen Konfessionen, die unter dem Beifall der Ausbeuter die Arbeiter zum Bruderkampfe anfeuern und durch Verleumdungen, Verdrehungen, offenbare Lügen beständig Öl ins Feuer gießen, sind Verräter an der Arbeiter Sache; sie haben ein Interesse daran, ihre Schäflein an der Weine zu führen, um sie vor dem Verkehr mit den ungläubigen Elementen zu schützen. Da sie eine Interessensolidarität zwischen der gesamten Arbeiterschaft nicht leugnen können und infolgedessen konsequenterweise für eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung eintreten müßten, schwindeln sie ihren Getreuen vor, sie würden durch eine Verührung mit ihren „unchristlichen“ Kollegen an ihrer Moral und ihrer Religion Schaden leiden. Zur Unterstützung dieses Schwindels konstruieren sie eine ganz spezielle christliche Gewerkschaftsmoral und fordern eine Arbeiterbewegung auf Grundlage der christlichen Weltanschauung.

Nur unter Berücksichtigung der Grundsätze des Christentums kann die soziale Frage gelöst werden, und die christlichen Prinzipien müssen in den Gewerkschaften ihre Berücksichtigung finden.“ So schrieb eine christliche Arbeiterzeitung in der Einleitung zu einer Artikelserie, in der sie Christentum und Arbeiterbewegung behandelte. Wir haben diese Artikel mit großer Aufmerksamkeit gelesen, weil wir darin eine klare Schilderung der „christlichen Gewerkschaftsmoral“ zu finden hofften. Leider hatten wir einen negativen Erfolg, denn alles das, was eine „christliche Moral“ von einem Gewerkschaftler fordert, das fordert eine „unchristliche Moral“ ebenfalls. Man höre nur einige Sätze, die wir als den Kern aus den Ausführungen der Artikel herausgehoben. „Das Verbot der Grabschneidung und Verleumdung besteht auch im Vereinsleben. Unsere organisierten Arbeiter müssen sich daran gewöhnen, von ihren Kollegen und vor allem von ihren Vorständen das Beste zu glauben in gegenseitiger Achtung; unläutere Motive und unehrliches Handeln darf man nicht auf bloßen Argwohn hin annehmen, sondern nur auf sichere und positive

Beweise hin. . . . Opferinn für andere, für den Stand, für eine gute Sache, ist etwas eminent Christliches, und Opfer zu bringen ist Pflicht jedes organisierten Arbeiters. . . . Offenheit und Geradheit des Charakters ist auch eine wahrhaft christliche Eigenschaft und im Gewerkschaftsleben besonders notwendig. Mit seinen Zielen hinterm Berge halten, hintertrappenspolitisch treiben, im stillen, vielleicht anony, . . . Maulwurfsarbeit versehen, tut nirgends und niemals gut. Gegenseitige Achtung bei allen, die im Vereins- und Gewerkschaftsleben tätig sind, und vor allem die Ueberzeugung von der guten Meinung auch auf Seiten eines Gegners, in dem Notwendigen Einigkeit, im Zweifelshaften Freiheit, das ist wahre christliche Bildung. . . . Auch gegenüber dem Unternehmer müssen die Gewerkschaftler so handeln, daß er den Arbeitern auch ihre Rechte zukommen lassen kann. Die christliche Gerechtigkeit verlangt, daß der Leistung des Unternehmers eine entsprechende Leistung des Arbeiters vorhergehe. Die Arbeiter können mit Recht nur dann gute Löhne fordern, wenn sie auch eine gute Arbeit leisten. Daraus folgt, daß es im wohlverstandenen Interesse der Gewerkschaft liegt, nicht bloß Forderungen für die Arbeiter zu stellen, sondern auch auf ihre entsprechenden Pflichten hinzuweisen; es ist geradezu eine Lebensfrage für die Gewerkschaft, daß sie möglichst tüchtige und gewissenhafte Arbeiter zu ihren Mitgliedern zählt. . . . Die christlichen Arbeiter dürfen nicht in denselben Fehler verfallen, wie es die Unternehmer tun, und sich auf den reinen Machtstandpunkt stellen; sie dürfen nur dann mit Streik vorgehen, wenn das Recht auf ihrer Seite ist und wenn alle gütlichen Vergleiche ausgeschossen sind. . . . Auch im Privatleben muß die christliche Gesinnung sich betätigen. Ein christlicher Gewerkschaftler muß ein sittenreines, mäßiges, sparsames Leben führen, er muß seine Pflichten als Familienoater treu erfüllen. Was nützt dem Arbeiter der höhere Lohn, wenn er ihn nicht richtig anwendet, was nützt ihm eine kürzere Arbeitszeit, wenn er sie zum Trunk und ähnlichen Dingen verwendet, anstatt für seine Familie, seine Fortbildung oder für andere ernste Zwecke? . . .

Wenn wir die vorstehenden Grundsätze ihrer christlichen Verbrämung entkleiden, so ergibt sich, daß die in ihnen enthaltene Moral gleich ist für Katholiken und Protestanten, für Juden und Freidenker, für Sozialdemokratie und Königsgetreue. Es ist also ein Humbug, von einer speziellen christlichen Gewerkschaftsmoral reden zu wollen, und eine Abspernung der Arbeiter nach konfessionellen oder politischen Gesichtspunkten ist eine Verflüchtigung an den Arbeitern. Nur in den modernen Gewerkschaften, die allen Arbeitern offenstehen, werden die Mitglieder zur Solidarität und zur Nächstenliebe erzogen, nur dort läßt sich das Vorurteil bekämpfen, als wären Protestanten und Katholiken, Ungläubige und Irregläubige, Sozialisten und Monarchisten aus verschiedenem Teig gebaden. Wer für Simultanschulen eintritt, der muß auch für neutrale Gewerkschaften eintreten. Denjenigen Leuten aber, die aus engherzigem Konfessionalismus die Arbeiter verhetzen, rufen wir das Wort zu, das der katholische Dichter F. W. Weber, der Dichter des Zentrums, dem Prior des Klosters „Dreizehnlinden“ in den Mund legt:

„Dienen muß der faltenreiche  
Kirchenmantel hundert Zwecken:  
Schrucht, Dabsucht, Mächtigkeits,  
Daß und Rache muß er decken.“

## Der Ausbau unserer Organisation.

In diesem Jahre tritt der Verbandstag wieder zusammen, dessen vornehmste Aufgabe in dem Ausbauen unserer Organisation besteht, damit sie werbungsfähiger werde und die einmal gewonnenen Mitglieder möglichst dauernd festhalten kann. Neben dem Ausbau unseres Unterstützungswesens ist hierzu ohne Zweifel ein gutes inneres Gefüge unseres Verbandes erforderlich.

Zwischen den Zahlstellen und dem Vorstande stehen heute die Gauvorstände, welche gemeinsam mit dem Vorstande die Agitation für Ausbreitung des Verbandes zu betreiben haben. Die Mitglieder der 19 Gauvorstände, die wir haben, stehen bis auf drei in harter Wochenfron. Zwei sind vom Verbandsbesoldet, ein dritter erhält einen Zuschuß von dem Gau. Nur in den wenigen freien Stunden, welche ihnen in dem Ringen ums tägliche



Brot verbleiben, können die übrigen sich der Agitation zuwenden. Genügend Zeit zur Vorbereitung von Agitation, zur Ausschaltung von agitatorischem Bruchfeld ist ihnen nicht gegeben. In der durchaus richtigen Würdigung dieses Umstandes gibt man sich denn auch auf den Konferenzen meistens damit zufrieden, wenn nur die Anregungen aus den Reihen der Zahlstellen beachtet und den von diesen gestellten Anforderungen Rechnung getragen wurde, was noch Lage der Dinge ja auch nur unter großen Schwierigkeiten geschehen kann. Es fehlt unserer Organisation an Kräften, die ihr das ganze Sein widmen können, deren ganzes Sinnen und Beginnen dem Wohle des Verbandes gewidmet sein muß. Neben manchen andern, hier nicht zu erörternden Umständen ist der unbefriedigende Stand unserer Organisation dem Mangel solcher Kollegen zuzuschreiben, die in der Lage waren, alle Anweisungen, die vom Vorstände und den Mitgliedern gegeben wurden, ausführen zu können und eigene Pläne in bezug auf die Agitation verwirklichen konnten. Es muß in dieser Beziehung Wandel geschaffen werden.

Das „Wie“ zu entscheiden, ist Sache unseres Verbandes. Diesem wird die Lösung um so leichter fallen, wenn vorher aus den Reihen der Verbandsgenossen Vorschläge gemacht worden sind, deren zweckmäßigste sicher auf Annahme rechnen können.

Unächst erscheint es dem Schreiber dieser Zeilen notwendig, daß unsere Gauseinteilung einer Umänderung unterzogen wird. Und das in umgekehrter Weise, als wie es auf dem Halberstädter Verbandstage angeregt wurde. Bis zur Tagung dieses Verbandstages hatten wir weniger Gause. Dieser Verbandstag regte eine Verkleinerung der Gause an, wodurch die Vermehrung auf 17 entstand. Inzwischen ist aus den Reihen der Mitglieder heraus die weitere Aufteilung eines Gause angeregt worden, und zwar in der Weise, daß der industriellste, über die stärkste Arbeiterbewegung verfügende Städtekomplex einen Gau für sich, gesondert von den weniger industriellen Orten, bilden sollte. Die Folge dieser Aufteilung würde sein, daß die letzteren Orte eine ersprießliche Agitation nicht entfalten könnten wegen Mangel an Personen.

Die Anzahl der Personen, die ihrer Stellung und Befähigung nach agitatorisch tätig sein können, ist gering. Die Auswahl ist um so rascher vergriffen, je mehr Gause zu besetzen sind. Aus diesem einfachen Grunde ergibt es sich, daß eine Verringerung der Gause eintreten muß. Es ist bereits angeregt, daß einige besoldete Gauseleiter mehr angestellt werden sollen, und zwar auf Kosten der Verbandskasse. Der Verbandstag wird sich einer Prüfung dieser Anregung gar nicht entziehen können. Beschließt er dementsprechend, so macht die Ausführung des Beschlusses eine kleinere Anzahl Gause notwendig.

Aber nicht nur vom Verbandstage ist zu erwarten, daß er die Zahl der für den Verband stets tätig sein können Personen vermehrt, ein gleiches könnte von den Zahlstellen aus dem eigenen Antrieb und Mitteln geschehen. Natürlich können das nicht kleine Zahlstellen! Noch nicht einmal solche Zahlstellen, die relativ groß sind, können es, wenn sie allein für sich auf eng begrenztem Gebiete existieren. Wohl aber Verbandsorte, in deren Weichbild sich fünf und mehr Zahlstellen gebildet haben. So Berlin und Hamburg. Es scheint in unserer Organisation der Grundsatz zu herrschen, möglichst viel Zahlstellen zu gründen. Das erscheint uns nicht richtig. Der Grundsatz müßte heißen und nach ihm verfahren werden: möglichst viel Mitglieder in so wenig Zahlstellen als eben möglich ist. Das wäre ergiebiger bei geringem materiellen Aufwand. Nach dem Grundsatz ist leider nicht verfahren. Man hat Zahlstellen geteilt, aus einer großen zwei kleine gemacht, angestrebte Verschmelzungen hat man vereitelt oder zu vereiteln gesucht, und noch ist uns ein Ort bekannt, wo man bestrebt ist, soviel Zahlstellen zu gründen, als eben Vororte vorhanden sind. Mit diesem Grundsatz muß gebrochen werden, sonst bleibt der Weg verarmt, auf welchem durch eigene Kraft Verbandsorte sich vorzügliche Personen schaffen können.

Wie ist dies möglich? Es muß der Zentralisationsgedanke konsequenter durchgeführt werden. Es ist durchaus nicht erforderlich, daß an einem Orte ein halbes Duzend Zahlstellen bestehen. Eine würde genügen. Die Verschmelzung der bestehenden Zahlstellen zu einer würde den formalen Verwaltungsapparat vereinfachen und die Leute, welche heute in Anspruch genommen sind zur Erledigung der Verwaltungsgeschäften, würden freigesetzt werden und könnten agitatorisch fast als Verlagsvertrauensmann, Hilfsleiter und so fort. Natürlich würden auch die Ausgaben gespart werden können. Die Summen, die heute von jeder Zahlstelle ausgegeben werden für Vorbereitung und Bekanntgabe von Versammlungen, Entsendung von Delegierten und so weiter, würden auf die einzelnen Zahlstellen eine treten würde. Und so ist es in vielen Dingen. Diese Ersparnis könnte zur Besoldung verwandt werden. Bei den Orten, die wir im Auge haben, würde dann ein geringer Lokalbeitrag ausreichen, um die Kosten der Besoldung zu decken. Da die Mitglieder dieser Orte heute schon einen Lohnbeitrag leisten, würde eine etwas höhere Belastung kaum als drückend empfunden werden. Die Kollegen hätten dann aber in der Agitation, bei Differenzen mit dem Arbeitgeber, kurzum in allen Angelegenheiten des Verbandes einen Kollegen zur Seite, der ihnen mit Rat und Tat beistehen kann. Dieser Vorteil müßte gewiß vieles auf, das von manchen

Kollegen wohl als Nachteil empfunden wird, was genau gesehen ein Nachteil gar nicht ist.

Vielleicht geben diese Zeilen jenen Kollegen, für welche die Verschmelzung mehrerer Zahlstellen diskutabel ist, Veranlassung zum Nachdenken und zur Schaffung eines die Organisation fördernden Zustandes. X

## Soziale Mundschau.

— Ueber große Arbeitslosigkeit wird aus Straßburg berichtet: Allein bei der hiesigen Ortskrankenkasse sind innerhalb 14 Tage ca. 1500 Personen mehr als angemeldet worden. Rechnet man noch die Abmeldungen bei den zahlreichen Baubetriebskrankenkassen hinzu, so dürfte die Arbeitslosenziffer sicher 2000 innerhalb 14 Tage erreichen. Demgegenüber ist der Krankenstand bei der Ortskrankenkasse von 600 in der Weihnachtswoche auf 760 in der letzten Woche hinaufgeschwollen und wird wahrscheinlich noch steigen.

— Vereinstung der süddeutschen Zementfabriken. Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Heidelberg, daß dort am 12. Januar in einer Versammlung der süddeutschen Portland-Zementfabriken beschlossen wurde, am 21. d. Mts. das Süddeutsche Zement-Syndikat mit dem Hauptsitz in Heidelberg zu konstituieren. Die Vereinigung mit dem nordwest-mittel-deutschen Fabriken sei in der Hauptsache erreicht.

— Feuergefahr in Zuckerraffinerien. Eine Zusammenstellung der Brandursachen in Zuckerraffinerien, welche von Interesse für unsere in Zuckerraffinerien beschäftigten Kollegen sein dürfte, sei an dieser Stelle wiedergegeben.

Zum Reinigen und Auskochen der Verdampferapparate wird Schwefelsäure (7 — 8%) und Salzsäure verwendet; aus den zu beseitigenden Rückständen entstehen hierbei Kohlenwasserstoffgase (7 — 8%) und Wasserstoffgas, letzteres infolge des Angriffes der Säuren auf das Metall; sobald zur Beschichtigung und Kontrolle das Innere der Apparate mit offenem Licht beleuchtet wird, können die mit Luft vermischten Gase explodieren. Vor der Einführung des Lichtes sind deshalb die Gase zu entfernen durch Auskochen der Apparate mit Wasser; die gefährlichste Periode ist die Zeit, wenn die verdünnte Säure in den Apparaten längere Zeit ruhig zur Wirkung gestanden hat.

Die Räume in Raffinerien, in welchen Zucker gemahlen und gesiebt wird, sind der Staubbepflogungsgefahr ausgesetzt, sobald die Mahl- und Sieborrichtungen nicht gut geschlossen werden und eine Ausbreitung des feinsten Zuckersstaubes in den Räumen gestattet; jede offene Flamme vermag dann diese luftschwebende Zuckermasse zu entzünden und zur Explosion zu veranlassen.

Auch das Beleuchten (mit offener Flamme) der Schächte, der Becherwerke zum Transport feinsten Zuckerpulvers kann mit Explosion verbunden sein; in Gegenwart von offenen Flammen darf man trockenes Zuckerpulver aus Säcken nicht stark ausschütten.

In den Diffusoren wird die Bildung von Gasen (meist Kohlenäure, aber zuweilen auch Wasserstoffgas und Kohlenwasserstoffgase) infolge von Gärungsvorgängen in den Rübenschnitzeln beobachtet; es wurde dieses Auftreten solcher Diffusorgase auch auf die Beschaffenheit des Wassers, auf mangelhaftes Wachstum der Rüben zurückgeführt. Diese Gase sind bei offener Flamme entzündlich und explosiv. Die ausgetragenen nassen Schnitzel bieten keine Gefahr dar. Eine „Explosion“ der schnell sich drehenden Zentrifugen ist auch öfters vorgekommen; man gebe den Zentrifugen solche Stellungen, daß bei ihren „Explosionen“ Beleuchtungsanlagen möglichst wenig beschädigt werden.

Ferner ist Melasse, welche mit öligen, mehligartigen Stoffen zu Kraftfuttermitteln verarbeitet wird, der Selbstentzündung und Selbstentzündung ausgesetzt. Werden die getrockneten Schnitzel der Zuckerrübe nochmals befeuchtet, hochaufgeschichtet und dadurch einem Druck ausgesetzt, können auch diese eine bedeutende Selbstentzündung bis zur inneren Verkohlung erleiden.

(„Die Fabrikfeuerwehr“, Wien 1903, Nr. 21, nach Dr. v. Schwarz, Feuers- und Explosionsgefahr chemisch-technischer Stoffe und Betriebsanlagen.)

— Verbrauch von Tabaksurrogaten. Die Preissteigerungen der guten Tabaksorten haben besonders seit Ende der siebziger Jahre eine sehr starke Zunahme des Verbrauchs von Tabaksurrogaten hervorgerufen. Den größten Fälschungen mit Surrogaten und den Gefahren für die menschliche Gesundheit, die einige Tabaksurrogate in sich schließen, hat das letzte Tabaksteuergesetz entgegenzuwirken versucht, indem es die Verwendung von Tabaksurrogaten im allgemeinen ganz verbietet und nur besondere Ausnahmen ausdrücklich zuläßt. Es sind das: Kirschblätter, Melilothblüten (Steinklee), eingesalzene Rosenblätter, Weichenwurzpulver, Vanilleroots, Brennesseln, Baldrianwurzeln und Altheeblätter. Melilothblüten, Rosenblätter und Weichenwurzpulver werden ausschließlich bei der Herstellung von Schnupftabak, Weichelfischblätter und gewöhnliche Kirschblätter vorwiegend bei der Bereitung geringerer Rauchtabake als Zusatz verwendet.

Die Steuer von diesen Tabaksurrogaten beträgt 65 Mk. auf 100 Kilogramm, und die Einnahmen aus ihr haben mit dem steigenden Verbrauch enorm zugenommen. So hat im Jahre 1880/81 die Surrogatsteuer einen Ertrag von nur 13365 Mk. geliefert, 1885/86 aber schon 22597 Mk., 1890/91 27153 Mk., 1895/96 31966 Mk., 1898/99 47443 Mk., 1901 aber

dann 60635 Mk. und 1902, wofür eben die amtlichen Zahlen publiziert werden, 67915 Mk.

Bezeichnend ist, daß sich der Verbrauch vorwiegend auf einzelne ärmere Bezirke beschränkt. Der weitaus größte Betrag der erhobenen Surrogatsteuer entfällt auf Preußen: 1880/81 11323 Mk., 1898/99 33065 Mk. und 1902 42924 Mk. Namentlich in den Provinzen Schlesien, Westpreußen und Posen scheint ein stärkerer Konsum von Tabaksurrogaten stattzufinden. Dem Gewicht nach wurden in den Jahren 1901 und 1902 im Deutschen Reich verwendet: Weichelfischblätter 1902: 6142 Kilogramm (1901: 7017 Kilogramm), gewöhnliche Kirschblätter 40264 Kilogramm (38822), Melilothblüten 25058 (24873), eingesalzene Rosenblätter 1267 (1154), Weichenwurzpulver 2015 (1802), Vanilleroots 26710 (18729), Brennesseln 2307 (820), Baldrianwurzeln 720 (55), Altheeblätter 50 (29). Eine besonders auffallende Zunahme zeigen also Brennesseln und Baldrianwurzeln, beide kommen ausschließlich in Preußen zur Verwendung. Weichelfischblätter kommen hauptsächlich zur Verwendung in Schleswig-Holstein, Westfalen und Provinz Sachsen; gewöhnliche Kirschblätter in Anhalt und im Rheinland; Melilothblüten (Steinklee) in Westpreußen, Posen und Schlesien; eingesalzene Rosenblätter in Thüringen und Württemberg; Weichenwurzpulver fast nur in Schlesien; Vanilleroots, die zur Parfümierung von feingeschnittenen Rauchtabaken dienen, überall, besonders aber in Rheinland und in Hamburg; Altheeblätter kommen nur im Königreich Sachsen zur Verwendung.

## Vom sozialen Kampfplage.

— Der Kampf in Crimmitschau ist beendet. Die Bohnkommission und die Fabrikvertrauensmänner beschlossen, die Arbeit bedingungslos aufzunehmen. Aus eigenem Entschluß ist der trivial aufgedrungene Kampf abgebrochen.

Die gegenwärtige Lage der kämpfenden Arbeiter von Crimmitschau war nichts weniger als schwierig oder gar verzweifelt. Vor allem sind sie auf längere Zeit hinaus durch die Hilfe der gesamten deutschen Arbeiterschaft mit Geldmitteln reichlich versehen und nach Erschöpfung der jetzigen Mittel hätte der Opfermut der Arbeiterschaft neue Unterstützung gebracht.

Wenn dennoch der Kampf jetzt abgebrochen wird, so ist sicher, daß entscheidende Gründe die zunächst an Ort und Stelle Verantwortlichen dazu bestimmt haben. Die Arbeiter in Crimmitschau wußten, daß die materielle Hilfe ihnen auch weiterhin nicht fehlen würde, aber sie scheinen zu der Ansicht gelangt zu sein, daß der Kampf nicht in ungewisse Zukunft fortgeführt werden dürfe, weil das Unternehmertum ganz Deutschlands den Kampf zu einer Machtprobe zwischen Kapitalistenklasse und Sozialdemokratie fälschte und durch Fingabe gewaltiger Geldmittel die Fabrikanten von Crimmitschau auf unbestimmte Zeit in die Möglichkeit des Widerstandes setzte. Dazu kam, daß die Auslöschung des Versammlungsrechts durch die sächsischen Behörden schließlich die Gefahr herbeiführen mußte, daß die Massen der kämpfenden des nötigen Zusammenhalts verlustig gingen, daß die zu Streikbrechendiensten herbeigezogenen fremden Arbeiter nicht unterrichtet und für den Kampf gewonnen werden konnten.

Die Bohnkommission und Fabrik-Vertrauensmänner haben geglaubt, es sei besser, den Kampf abzubringen, als ihn ins ungewisse fortzuführen und der deutschen Arbeiterschaft weiterhin außerordentliche Opfer aufzuerlegen.

Die Crimmitschauer Aussparungen werden einen heldenhaften Abschnitt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bilden. Ein zweites Mal werden es sich die Fabrikanten erst sehr überlegen, ob sie die Arbeiter trivial aufs Pflaster werfen wollen. —

## Korrespondenzen.

Mittele. Die Mitglieder-Versammlung am 12. Januar schloß den 1. Quartalsbericht einstimmig als Beschlüsse ab. Der zweite Quartalsbericht legte die Quartalsabrechnung vor, ihm wurde einstimmig Entlastung erteilt. Dann wurde auf Antrag der Beschlüsse beschlossen, dem Streikfonds des Verbandes 50 Mark zu überweisen. Kollege E. machte darauf aufmerksam, daß die Fragebogen für 1903 eingeleitet werden müssen, und ersuchte die Kollegen, sie auszufüllen. Die Mehrzahl der Fragebogen seien halb oder noch gar nicht ausgefüllt. Hierauf hielt der Genosse Ph. Müller seinen Vortrag: „Ein Spatiergang durch die soziale Frage.“ Als Einleitung seines Vortrages führte der Gen. Ph. Müller aus, daß von unseren Gegnern vielfach behauptet wird, wenn wir die Vorteile der Sozialen kennen gelernt, wir dann alle reicheren Arbeiter würden. Er sei aber ganz gegenteiliger Meinung, und dieses zu beweisen, solle heute Abend seine Aufgabe sein. Da der Gen. Ph. Müller seine Aufgabe löste, legte er eine Reihe Beispiele vor.

Amstam. Die hiesige Zuckerraffinerie hat ihre Kampagne beendet. Die Mehrzahl der Arbeiter ist entlassen. Nur eine kleine Anzahl Arbeiter ist geblieben, welche für etwa 1000 bis 1500 Mark arbeiten müssen von morgens früh 6 Uhr bis abends 7 Uhr. Im Innern der Fabrik arbeiten ungefähr 30 bis 32 Mann, deren Arbeit in fast unermesslich heißem Raum verrichtet wird. Diese erhalten 1,75 Mk., außerdem 10 Pf. Gratifikation pro Tag. Bei der ersten Lohnzahlung nach Beginn der Kampagne stellte es sich heraus, daß den Betroffenen die 10 Pf. abgezogen worden waren. Dagegen protestierten die Arbeiter. Ein Protest beim Inspektor verlief resultatlos. Inzwischen kam der Herr Direktor selbst, der sich mit der Anrede „einleitete: „Was ist denn hier los, ihr Leute hier und fahrt?“ Da trat ein Arbeiter vor, um dem Herrn Direktor die Sache mitzuteilen, worauf der Betreffende die Antwort erhielt: „Ach, Sie sind wieder Aufseher, der mir meine Leute die Köpfe verdreht. Ich habe nur ruhige und fleißige Leute in meiner Fabrik und dulde so etwas durchaus nicht. Scheren Sie sich weg!“ Nun verstanden die blauen Gesichter einer nach dem andern. Nur einige, und zwar organisierte Kollegen, waren ruhig geblieben, die natürlich auf die liebliche Anrede von Seiten des Herrn Direktors auch wieder an ihre Arbeit



gingen. Nun ließ sich der Herr Direktor in der Mittagspause, damit keine Zeit verfliehe, einen Mann zur Verleumdung des Vorfalls kommen. Ihm wurde erst eine kleine Gardine vorgelesen, die den Vorfall genau schilderte. Nachträglich zeigte der Herr Direktor seine Besorgnis: er wolle den Vorfall nicht als Verleumdung betrachten, sondern als einen Vorfall, der die Arbeiter in der Fabrik zum Nachdenken anregen sollte. Die Verhältnisse der Arbeiter seien ihm genau bekannt, darum habe er auch aus eigenem Antrieb 15 Pf. für die Arbeiter in der Fabrik gegeben. Auch teilte der Herr Direktor mit, er wolle seinen Mitarbeitern sagen, die 10 Pf. Gratifikation wären ihnen fortan wieder bewilligt und sie sollten fernerhin nicht wieder solche Schmeicheleien machen, und wenn es ihnen nicht mehr beliebt, so sollten die Arbeiter sofort zu ihm, dem Herrn Direktor, kommen, er wäre für die Arbeiter zu jeder Zeit im Kontor zu sprechen. Auch sei erwähnt, daß der Herr Direktor dem Kollegen, der der Anstifter sein sollte, erwiderte: Hier wird nicht gestreift, das können sie wohl bei den Zimmerern machen. — Der Vortrag schloß auch, daß ohne Organisation die Arbeiter sich alles bieten lassen. Denn die Kollegen, welche hier gegen die Verschärfung der Ausbesserung ankämpften, waren organisiert. Möchte dies allen ein Beispiel dafür sein, wie man seine Interessen wahren muß.

**Wugsburg.** Zu der Lage der Arbeiter in Wugsburg liefert der soeben erschienene Verwaltungsbericht des hiesigen Schlicht- und Viehhofes einen treffenden Beitrag. Ziffermäßig wird dort nachgewiesen, daß der Fleischkonsum in stetigem Aufwuchs begriffen ist, daß Ochsen, Kühe und Schweinefleischungen stets abnehmen, während sich die Fischfleischungen rapid vermehren. So wurden im Jahre 1900 in Wugsburg im ganzen 7450 947 Kilogramm Fleisch konsumiert, wobei auf den Kopf der Bevölkerung bei 88 700 Einwohnern pro Jahr 84,02 Kilogramm entfielen. Im Jahre 1901 sank der Konsum auf 7129 538,5 Kilogramm, was bei einer Bevölkerungsziffer von 89 100 einem Fleischkonsum von 80 Kilogramm pro Kopf und Jahr gleichkommt. Im Jahre 1902 gar wurde bei einer Bevölkerungsziffer von 90 747 Kilogramm nur ein Gesamtfleischkonsum von 6 795 459 Kilogramm erzielt, was pro Jahr und Kopf einen Einzelkonsum von 74,88 Kilogramm ausmacht. In Betracht zu ziehen ist hierbei noch, daß wie oben bereits erwähnt, die Fleischungen von Geflügel stets zugenommen haben und daß ebenfalls die Einfuhr ausländischen Fleisches sich fortgesetzt bedeutend vermehrt hat. An der städtischen Fleischerei ist ferner nur soviel Fleisch zu haben gewesen, als verlangt wurde, und die letzte Nachfrage herrschte hier nach dem billigen, in so fern ungenießbaren Fleische, das erst durch den Sterilisator genießbar gemacht werden mußte. Der vorliegende Bericht zeigt mit seltener Deutlichkeit, daß die Lebenshaltung der Arbeiter unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse sich sehr verschlechtert hat. Und wie sich diese Zustände in dem Wugsburger Industrie-Bezirk geltend machen, so dürfte in den anderen Distrikten die Verhältnisse auch nicht wesentlich besser sein. Ob das die hiesigen Kollegen, die am schlechtesten von allen Arbeitern gestellt sind, veranlassen wird, der Organisation sich anzuschließen und für Verbesserung der Lebenshaltung zu kämpfen?

**Elmhorn.** Sonntag, den 9. Januar, tagte unsere Mitgliederversammlung im Lokale des Genossen Krause. Der Kollege Schmidt legte die Abrechnung vom 4. Quartal 1903 vor. Auf Antrag der Revisoren wurde dem zweiten Bevollmächtigten Entlassung erteilt. Da letzterer seinen Posten niedergelegt hatte, wurde an dessen Stelle der Kollege Schöndorff, als Revisor der Kollege Bestmann vorgeschlagen. Da in letzter Zeit recht viele Kollegen dem Verband den Rücken gekehrt haben, wurden zwei Kollegen gewählt, um die Ausgeschiedenen nochmals aufzuklären, da es meistens junge Mitglieder sind. Ferner wurde beschlossen, zur nächsten Versammlung einen Referenten zu nehmen, der über das Thema „Rinderseuchengesetz“ referieren soll. Sodann wurde noch bekannt gegeben, daß der Kollege Schneider, daß die Rinderseuchengesetze sich alsbald 4 befinden und daß selbst unentgeltlich Auskunft erteilt wird für organisierte Kollegen, an Wochentagen von 8–9 Uhr abends, am Sonntag von 9–10 Uhr vormittags.

**Essen.** Die hiesige Handelskammer sagt in ihrem Jahresbericht für 1903 folgendes: Die Geschäftslage der Zieglerindustrie war eine ungünstige. Die Leistungen an industriellen Werken, die in früheren Jahren 50 Prozent des Gesamtumsatzes betragen, fielen auch in diesem Jahre, so daß eine Produktions-einschränkung von 60 Prozent durchgeführt werden mußte. Im letzten Viertel des Jahres hat sich das Geschäft etwas belebt, und die Preise erfahren eine mäßige Steigerung, so daß ein besserer Geschäftserfolg erzielt wird. In der Zementindustrie war die Nachfrage mäßig, die Preise fast sämtlich weit unter dem Fabrikstand stehen unter dem Selbstkosten. Die Werke des Bezirkes hatten besonders unter der Unterbrechung der westfälischen und süddeutschen Fabriken zu leiden. Während diese in den Gebieten ihrer Niederlassungen auf hohe Preise hielten, brachten sie im hiesigen Bezirke die Ware zu Schleuderpreisen auf den Markt, so daß die ansässigen Werke auf Verdienst verzichten mußten. Eine Besserung der Lage wird davon erhofft, daß die westfälischen Zementfabriken Anfang Dezember 1903 einen Verkaufsverein (S. u. S. D.) gebildet haben. Ein Kartell zwischen den westfälischen und rheinischen Fabriken und der großen süddeutschen Gruppe ist nahezu abgeschlossen; dagegen ist unter den hannoverschen Fabriken noch keine Einigung zustande gekommen, mithin auch noch kein Kartell mit denselben möglich. In der Zementwarenindustrie war die Beschäftigung gut, doch waren die Preise außerordentlich gedrückt. Veranlaßt waren die schlechten Preise durch die mäßige Lage des Zementmarktes im allgemeinen und durch die große Ueberproduktion in der Zementwarenindustrie im besonderen. Seit Anfang März in unserer Bezirke außer Steinen, Platten, Röhren, Durchlässen und dergleichen aus Zement auch die Herstellung von Kunststeinbetrieben, der beim Essener Stadtgarten-Arbeiten größere Verwendung fand. Durch die Anfang Dezember 1903 erfolgte Bildung des Verkaufsvereins der westfälischen Zementfabriken dürften sich auch die Zementwarenpreise etwas heben.

Zu der am 10. Januar tagenden Mitgliederversammlung wurden die Bevollmächtigten und Revisoren neu in Vorschlag gebracht und die Mitglieder aufgefordert, bis zur nächsten Versammlung die statutenmäßigen Fragebogen abzuliefern. Die sämmtlichen Mitglieder wurden aufgefordert, sowohl die Verbandsbeiträge als auch die restierenden Sekretariatsmarken zu bezuhen, damit die Abrechnung glatter ihre Erledigung finden kann. Sodann gelangte folgender Antrag zur Annahme: Die Jahreshilfe Essen erhebt Protest gegen die Wahl des Gewerkschafts, weil die Wahl ohne Bekanntgabe von der Minderheit der Zahlreichen des 16. Bundes vorgenommen worden ist. (Die Jahreshilfe Essen und die angrenzenden Zahlreichen haben, so lange nichts anderes beschlossen ist, das Recht, die Wahl vorzunehmen. S. u. S. D.) Ferner wurde beschlossen: Der Vorstand möge über die alten Gewerkschaften abrechnen und die Abrechnung im „Proletariat“ bekannt geben. Zum Schluß wurden die Bevollmächtigten in Vorschlag gebracht.

**Gerbacht.** Kollegen, eine Mitgliederversammlung sollte Sonnabend, den 9. Januar, tagen. Da die Anwesenheit von im ganzen 7 Mitgliedern, und dabei waren 6 Kartelldelegierte zu wählen, doch zu mäßig erschien, haben wir die Versammlung nicht abgehalten. Es ist wirklich bedauerlich für unsere Zahlreichen, daß bei einer Mitgliederzahl von 180 Personen nur 7 Mitglieder erschienen. Kollegen, wozu soll das führen? Wir finden sich die Kartelldelegierten Gerbacht wirklich in einer so ausgesprochenen Lage, daß sie nicht mehr nötig haben, so Hebung dieser etwas zu tun? Ich glaube es kaum. Angesichts der Kämpfe, die die Arbeiter Deutschlands im letzten Jahre bestanden und noch zu bestehen haben, sollte doch jeder

Arbeiter es als seine heiligste Pflicht ansehen, mitzuwirken, um eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. Ueberall sehen wir die Gewerkschaften an der Arbeit, um die Arbeiter niedergebunden, und ebenfalls hier sind ja schon Bestrebungen im Gange getreten, um die bis jetzt noch nicht auskömmlichen Löhne zu reduzieren. Um solchen Bestrebungen aber erfolgreich entgegenzutreten zu können, ist es nötig, daß jeder organisierte Arbeiter an dem Posten steht. Es würde ja ein armseliches Ergebnis für die Gewerkschaft Arbeiter sein, wenn sie sich von den Unternehmern überzumpeln lassen. Das darf unter keinen Umständen der Fall sein. Darum, Verbandskollegen, tut eure Pflicht, erhebt in den Versammlungen und helfet mitarbeiten, damit würdige Zustände geschaffen werden, damit wir auskömmliche Löhne erringen und damit wir erfolgreich etwa auftretenden Bestrebungen der Unternehmer entgegenzutreten können. Es wird sicherlich dieser Hinweis genügen, damit die Kollegen in Gerbacht ihre volle Pflicht tun werden.

**Söppingen.** Ueber das Privatvermögen des geschätzten, aber verstorbenen Direktors der mechanisch. u. Buntweberei am Stadthaus ist jetzt der Kontur eröffnet worden. Zu diesem Vermögen gehört nach der „Meda-Beitung“ neben dem Zementwerke Söppingen auch eine vor einigen Jahren erbaute Villa, die auf 108 000 Mk. bewertet ist, ein kleineres Wirtschaftsgewerbe, in dem sich die Fabrik-Raumie der Buntweberei befindet, eine von der Fabrik getrennt liegende Färberei und ein Bauplatz. Alle vier Vermögenswerte bilden eine zusammenhängende Gruppe. Sie stellen einen Wert von 170–180 000 Mk. dar; die apothekarische Belastung stellt sich aber allein auf 175 000 Mk. Es ist demnach bei den gegenwärtig sehr gedrückten Grundstückspreisen als sicher anzunehmen, daß der Verkauf dieser Vermögenswerte nicht einmal die Hypotheken ganz decken wird. Auf dem Zementwerke Söppingen stehen Hypotheken im Gesamtbetrage von 770 000 Mk. Bekanntlich ist das Werk zu 1 160 000 Mk. bis 31. d. M. einer Gruppe von Zementfabriken fest angegliedert worden; doch hält man jetzt für sehr zweifelhaft, ob der Verkauf auf dieser Grundlage zustande kommt. Die Aktien der Mechanischen Buntweberei werden als völlig wertlos angesehen, da die Buntweberei mit 900 000 Mk. Hypotheken belastet ist und es sehr gut gehen muß, wenn aus dem Verkauf der Fabrik auch nur diese Summe erzielt wird.

**Gasse-Mord.** In der letzten Versammlung wurde nach Beglückwünschung der Mitglieder zum neuen Jahre ein Schreiben des Gewerkschafts-Bundes, welches sich um die Frage der Agitation dreht. Es soll auch durch uns eine rege Agitation entfaltet werden. Unter den polnischen Arbeitern, die in den Orten in der Umgebung von Troitz beschäftigt sind, soll ein Flugblatt in polnischer Sprache zur Verbreitung kommen. Zum Schluß kamen die Verhältnisse einer Städtelfabrik zur Sprache, in welcher die Frauen Sonnabends bis 6 Uhr arbeiten müssen. Auch soll es vorgekommen sein, daß auf dieser Fabrik Arbeiterinnen Sonntags von früh 6 Uhr bis mittags 12 Uhr gearbeitet haben. Die Fabrik soll dem Fabrikinspektor zur Beachtung empfohlen werden.

**Hamburg-Wandsbek.** In der Mitgliederversammlung vom 13. Januar wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Pfeiffer in üblicher Weise geehrt. Alsdann referierte Arbeiter-Sekretär Genosse Oskmann über das „Rinderseuchengesetz“. Dem Redner wurde reichlich Beifall zuteil. — Die Abrechnung vom 4. Quartal 1903 wurde bestätigt. Beschlossen wurde, die Versammlungen, welche jeden zweiten Mittwoch im Monat stattfinden, im „Hamburger Echo“ bekannt zu geben, und bei besonderer Tagesordnung gebrachte Laufzettel zu verteilen. Alsdann machte der 1. Bevollmächtigte bekannt, daß im März ein Volks-Unterhaltungabend stattfinden, wozu es dem Vorstand gelungen ist, namhafte Kräfte heranzuziehen, u. a. Frau Dr. Wlan-Heimer (Agitation), Konrad-Jungfer (S. u. S. D.), Arbeitersekretär Ph. Müller-Altona (Ansprache) u. a. m. — Des weiteren wurden die Mitglieder aufgefordert, die Statistikbogen, welche dem diesjährigen, hier in Hamburg stattfindenden Verbandstage als Material zur Einführung der Arbeitslosenversicherung dienen sollen, auszufüllen und bei der nächsten Kassierung dem Kassiermeister mitzugeben.

**Hamburg-Hamm.** In der Mitgliederversammlung am 13. Januar wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Fischer geehrt. Dann hielt Arbeitersekretär Müller einen Vortrag über: „Der Kampf ums Dasein“. Redner schildert die soziale Lage der Handwerkerklasse aus dem Mittelalter; deren abhängige Stellung sei nur vorübergehend gewesen, sie konnten dann die gleichen Lebensbedingungen sich verschaffen, wie die Besitzenden. Redner kam dann auf das bürgerliche Recht zu sprechen und meinte, die Arbeiter seien noch nicht so weit, um von den Unternehmern, die Wohlstand dieses bürgerlichen Rechts entgegen zu nehmen. Sollen die heutigen Zustände gebessert werden, so müssen die Arbeiter sich bedeutend zahlreicher an der Organisation beteiligen. — Es wurde alsdann die Abrechnung vorgelegt. Dem zweiten Bevollmächtigten wurde Entlassung erteilt. Dann wurde beschlossen, daß die Namen der ausgeschlossenen Mitglieder in der Versammlung bekannt gegeben werden sollen. In der Dampfmaschinenfabrik von Brandt waren bislang die Arbeiterinnen in der Drehturmkasse. Mitte Oktober hat der Direktor einen Revolver unterschreiben lassen, daß die Arbeiterinnen aus der Drehturmkasse aus- und in die „Germania“ übertreten wollen. Die Arbeiterinnen haben die Unterschrift gegeben, ohne sich erst an die Organisation zu wenden. Der wöchentliche Beitrag von 30 Pf. wird wöchentlich abgezogen. Genosse Müller war der Meinung, daß vorläufig nichts zu machen sei. Die Arbeiterinnen müßten bis Oktober warten und dann ihre Kündigung bei der „Germania“ einreichen, oder einfach nicht bezahlen; sie hätten die Unterschrift nicht geben sollen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Bevollmächtigten zu beauftragen, sich mit der Sache zu beschäftigen.

**Hamburg-St. Georg.** In der Mitgliederversammlung vom 14. Januar referierte Kollege Hage über das Thema: „Arbeitslosenwesen“. Der Vortrag wurde sachlich und leicht verständlich gehalten und wurde dem Referenten der Beifall der Versammlung zuteil. An der Diskussion beteiligte sich Kollege Böller. Alsdann gab Kollege Elmig die Abrechnung. Kollegen P. und B. stellten einige Fragen betreffs der Abrechnung, welche von E. beantwortet wurden. Kollegin Jleg stellte den Antrag, den Ueberbestand vom letzten Vergnügen — 56 Mk. — auf 100 Mk. abzurufen und dem Streikfonds zu überweisen. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Dem zweiten Bevollmächtigten wurde Decharge erteilt. Die Erledigung des letzten Punktes: Vorschläge des ersten Bevollmächtigten, wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

**Petersleidenheim.** Am 10. Januar tagte hier eine Arbeiter-Versammlung. Kollege Benz aus Ludwigshafen referierte über Zweck und Ziele der Organisation. Er schilderte die Lage der Arbeiter und zeigte daran, was von der Vereinigung zur Hebung der Arbeiterlage getan werden könne, wenn die Kollegen in entsprechender Weise der Organisation sich anschließen. Mit einer Aufforderung an die Anwesenden, sich dem Verbands anzuschließen, beendete der Referent seine Ausführungen. Als erster Diskussionsredner trat Sellmann von der Christlichen Gewerkschaft auf, der sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte. Nach einem Schlußwort des Referenten ließen sich 15 Kollegen als Mitglieder aufnehmen.

**Kattowitz.** Sonntag, den 3. Januar, tagte hier eine Kartellbesuche öffentliche Fabrikarbeiter-Versammlung. Referent Gen. Zschalski schilderte in 1½ stündigem Vortrag die Gewerkschaftsverhältnisse der ober-schlesischen Fabrik- und Hüttenarbeiter von früher und jetzt, und erklärte die starke gewerkschaftliche Bewegung des Jahres 1893 unter den Berg- und Hüttenarbeitern im sächsischen Kreis. Redner ging auf die bekannten

Bauhütten Unruhen ein und schilderte die Wirkungen der Steuern und Zölle, speziell für Oberschlesien, die angeblich immerwährende Typhusgefahr in Bauhütten, kritisierte die nach seiner Ansicht unsauberen Verhältnisse mancher Rautenher Strassen und rügte angebliche Zustände bei den Fleisch- und Wurstfabriken. Für die gesundheitsschädliche Arbeit der Zinkhüttenarbeiter führte Redner mehrere Artikel der „Medizinischen Wochenschrift“ an, deren Verfasser, die Ärzte Dr. Schlögl, Schoppin und Dr. Seiffert-Katzenhütter, die Verhältnisse aus eigener Anschauung schildern.

**Köln-Schrenfeld.** Vor kurzem tagte in Mülheim a. Rh. eine Betriebsbesprechung der Arbeiter der Dampf-Schiff-Fabrik von Th. Lammine. Ein bei der Firma beschäftigter Arbeiter M. wies dabei auf verschiedene Mängel hin, besonders aber auf die 11 stündige Arbeitszeit, ferner auf das Fehlen von Waschvorrichtungen und Kleiderbügel, auf die schlechten Abtrittsverhältnisse und darauf, daß nicht eine Leiter vorhanden sei, die den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Die Arbeiter unter 16 Jahren werden auch täglich 11 Stunden beschäftigt und haben nur 20 Minuten Pause statt der gesetzlich halbstündigen. Infolgedessen fanden am anderen Morgen in der Fabrik verschiedene Störungen statt seitens des Herrn Th. Lammine, so fand man glücklicherweise den Zäher heraus. Er wurde gegen 6 Uhr abends zum Kontor beordert. Nachdem sich Herr Lammine in Positur à la Napoleon I. gesetzt hatte, erfolgte die Anrede: „Sind Sie Sozialdemokrat?“ Was die Frage verriet, war, ging es los. Der Arbeiter, ein alter erfahrener Mann, ließ sich aber nicht aus der Ruhe bringen. Es fielen da Worte von Seiten des Herrn Lammine, die in keinem Hinsicht-Verhältnis zu finden sind. Nachdem auch eine Drohung mit der Polizei an der Munde des Arbeiters abprallte, und dieser sich die Drohungen verbat, nannte ihn Herr Theodor Lammine einen hergelesenen Kerl. Der Wohlstand der Firma ist doch durch solche hergelesenen Kerle mit geschaffen worden, und wie wir bekannt ist, war der Gründer der Firma, der alte Lammine, selber so ein Habentibus und seine Wiege hat auch nicht in Köln gestanden. Er ist sogar aus dem Auslande gekommen. Wenn Herr Lammine nun glaubt, mit der Entlassung des Arbeiters etwas erreicht zu haben, so befindet er sich im Irrtum! Denn unter den Arbeitern seiner Fabrik beginnt es zu tagen. Auch Herr Lammine wird wohl künftig lernen, daß die Arbeiter über Betriebsbesprechungen ein Wort mitzusprechen haben. Ubrigens werden die hier bestehenden Organisationen sich in nächster Zeit noch eingehender mit der Firma befassen, denn die Zustände, die dort vorhanden sind, sind geradezu haarsträubend. Den Arbeitern der Lammine'schen Fabrik aber möchten wir zurufen: Wacht auf aus dem Winter-schlaf! Trete ein in die hier bestehende Organisation, dann ist solche unnatürliche Behandlung der Arbeiter nicht mehr möglich, und alle Schäden, besonders auch die lange Arbeitszeit, können beseitigt werden.

**München.** Sonnabend, den 9. Januar, abends 7 Uhr, tagte im Gasthof Vingerhof eine Versammlung der städtischen Gasarbeiter am Kirchstein. Kollege Schmitt referierte über die Verhältnisse in der städtischen Gasanstalt und meinte, daß städtische Betriebe doch Musterbetriebe sein sollen, was aber in München nicht der Fall zu sein scheint; Referent geht nun des Näheren auf die Löhne der Gasarbeiter ein, denen nicht einmal der ordentliche Tagelohn bezahlt wird, protestiert ganz energisch gegen das Vorgehen des Oberingenieurs Baron von Sedendorf, der einfach einer Partei Arbeiter vorschreiben wollte, daß sie ihr Bier und Essen von dem Kassier R. Schneider beziehen sollen. Bekanntlich waren die Arbeiter unzufrieden mit R. Schneider wegen Uneinlichkeit usw. und bezogen ihr Bier von einem anderen Wirt. Herr Oberingenieur aber verlangte die Bestimmungsliste und strich 18 Mann davon mit dem Bemerkten, daß Bier wird einfach wieder bei R. Schneider geholt und wenn es nicht paßt, der soll Wasser trinken. Referent fragt an, was die Sache eigentlich den Oberingenieur angeht? Die Arbeiter stehen doch nicht unter Vormundschaft des Herrn Sedendorf!

Nachdem Referent noch weitere Mängel kritisiert, empfahl er den Anwesenden, nochmals eine Liste zirkulieren zu lassen und die Liste dem Verband zu übergeben, der dann schon sorgen würde, daß die Arbeiter zu ihrem Rechte kommen. Zum Schluß forderte Schmitt die Anwesenden auf, auch die uns noch fernstehenden Gasarbeiter der Organisation zuzuführen, dann würden auch die Mängel beseitigt werden. Nach einer sehr erregten Diskussion, die sich hauptsächlich um die Pensionstafel drehte, in die die älteren Arbeiter nicht mehr aufgenommen werden, erklärte Schmitt den Anwesenden unter großem Beifall, daß hierbei nicht die Pensionstafel im Vordergrund steht, sondern die Arbeiter im Rathaus die Statuten festgelegt haben, und bei denen möchten sie sich bedanken; besonders den christlich organisierten Arbeitern möchte er den Rat geben, nachzudenken, wie ihre Interessen von ihren Führern vertreten werden.

**Münchenheim.** Sonntag, den 10. Januar 1904, tagte unsere Mitgliederversammlung in Reingönsheim. Sie erstreckte sich eines sehr guten Besuchs. Kollege Quid hielt einen Vortrag über: „Der Klassenkampf“. Er wies darauf hin, daß die Gegensätze zwischen Arbeiter und Arbeitgeber immer schroffer würden. Das Lohnverhältnis der Arbeiter steige nicht in dem gleichen Maße, wie die Ausgaben wuchsen, vielfach sei das Unternehmertum noch bestrebt, Lohnverhältnisse vorzuziehen. Daher erfordere es die Pflicht, daß die Arbeiter sich organisieren, um durch die Macht der Vereinigung die Unternehmern zur Gewährung günstiger Löhne und Arbeitsbedingungen zu veranlassen. Redner schilderte dann noch die Arbeiterfreundlichkeit der verschiedenen Klassen. Seiner Aufforderung, dem Verbands beizutreten, kamen 8 Personen nach. Als Vertrauensmann für Reingönsheim wurde Kollege Berg gewählt.

**Schwerleben.** Am 17. Januar tagte unsere Mitglieder-Versammlung, zu welcher der Kollege Pannicke, Magdeburg eingeladen war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete der Kollege Röttge seinen Rapport. Darauf ergriff der Kollege Pannicke das Wort zu einem kurzen Referat über das Unterstützungsweisen und die Gewerkschaften. Er bemühte sich, an dem Entwicklungsstand der Gewerkschaften nachzuweisen, daß die Unterstützungsanstalten nicht der Hauptzweck der Gewerkschaften seien, sondern nur dazu beitragen sollten, die organisierten Arbeiter kampffähig zu erhalten, um allen, die für die Prinzipien der modernen Arbeiterbewegung eintreten, einen Rückhalt zu bieten, daß sie nicht durch die Praktiken des Unternehmertums in das Lumpenproletariat hinabsinken. Die Anwesenden erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden.

**Regen.** Vor sechs Jahren errichtete die Firma Rodenstod aus München hier eine optische Fabrik, um billige Arbeitskräfte zu bekommen und billig produzieren zu können. Die Arbeiter verdienten nach Anrechnung 15–17 Mk. wöchentlich, was für die hiesigen Verhältnisse auch eine ansehnliche Bezahlung war; die Sache dauerte aber nicht allzulange und Rodenstod mußte die Fabrik immer wieder der Wirt, so daß heute die Rente mit 8–10 Mk. nach Hause gehen müssen und nur einige mit 13 Mk. Wochenlohn erreichen. Der Tagelohn beträgt 1,70 Mk. bei Einstellung werden 80 Pf. bis 1 Mk. bezahlt. Frauen erhalten bei Einstellung 40–50 Pf. Die Arbeiter müssen auch im Afford arbeiten, verdient dann ein Arbeiter mehr als den Tagelohn, so wird einfach der Tagelohn ausbezahlt, verdient er aber weniger als den Tagelohn, wird Afford ausbezahlt. Auch alles Bruchsalz wird den Arbeitern abgegeben, was oft 2–3 Mk. in der Woche ausmacht, und wegen 1 Minute Fußpaß-tammens werden die Arbeiter bestraft, trotzdem die Fabrik nicht gerade auf die Minute richtig geht. Wie R. Rodenstod erzählten, soll Herr Rodenstod einmal geäußert haben: Für



271] Eng. Committee.

Einzelne Gebete können sich auch die Führer der  
höheren Religions, um ihre wenig benehohene Lage zu  
verbessern. In diesem Grade haben sie sich in einer Form  
lung dieser Gebete einzuführen, um diese Fortschritte  
anzugehen. Es sind sieben Punkte. 1. Soll der Gebets-  
buch, welcher für die Katholiken besteht, auch für die Protestanten  
und Jüdengemeinschaften sein. Die jetzt sieben die Deutsche  
männer Gebete und Gebete die 15 Stunden arbeiten. 2. Soll



## 13. Jahrg.

Ag 2.

[illegible]



## Ausgabe

[illegible]



[illegible]



# Bilanz der Abrechnung.

Einnahme in den Zahlstellen:	
Beitrag vom vorigen Quartal	5 285,54 M.
Beitrag zu 15 und 20 Pf.	2 435,50
Beitrag zu 7 1/2 und 10 Pf.	82 776,85
Extra-Beiträge zu 10 Pf. und nach § 6 Abs. 7	4 710,35
Durch Streikmarken gingen ein	271,35
Sonstige Einnahmen für Streik	409,90
Zufuß aus der Hauptkasse	21,35
Sonstige Einnahmen	2 003,--
Summa:	97 964,99 M.

Ausgabe in den Zahlstellen:	
Reiseunterstützung	978,26 M.
Rechtschutz	345,80
Gemahregelunterstützung	1 241,28
Unzugsgeld	2 358,--
Sterbegeld	1 475,--
Streikunterstützung	3 733,65
Geldausgaben	22 103,51
In den Zahlstellen zurückbehalten	5 671,17
Abgeschickt an die Verbandskasse	59 646,32
Eingeliefert für Streik	412,--
Summa:	97 964,99 M.

## Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse.

Gesamt-Einnahme:	
Kassenbestand vom vorigen Quartal	226 349,55 M.
Von den Zahlstellen eingelangt	59 646,32
Durch Streikmarken gingen ein	412,--
In freiwilligen Zuwendungen für Streik	940,--
Barmbeck zurückbezahlt	783,75
Bremen	88,35
Elben	70,85
Hamburg	39,30
Kassel	22,90
Mannheim	15,75
Münster	6,48
Nürnberg	200,--
Regensburg	10,--
Ohne Abrechnung eingelangt	155,48
Börsencommissar	9,39
Für Inhaber	31,60
Für Protokolle	113,60
Beiträge von Einzelmitgliedern	188,--
Sonstige Einnahmen	28,29
Summa:	289 111,61 M.

Gesamt-Ausgabe:	
An Streikunterstützung	8 188,80 M.
An gemahregelte Mitglieder	321,50
An Unzugsgeld	331,60
An Sterbegeld	135,--
An Rechtschutz	226,59
An Reiseunterstützung	23,95
An Notstands-Unterstützung	225,--
Beiträge an die Generalkommission 1. Qu. 1903	949,74
An Schriftführerhonorar	40,--
An G. H. H. H.	2 274,98
An Versicherungsbeiträge	90,--
Für Agitation	2 125,30
Für Verband des „Proletariat“ Nr. 14-19	952,05
Für Druck des „Proletariat“ Nr. 7-13	2 955,50
Für Druck des „Proletariat“ Nr. 14-19	2 691,20
Für Druckarbeiten	2 546,50
Für Buchbinderarbeiten	1 782,58
Für Bindfaden, Lederpappe, Pergament	69,95
Für drei Bände im Bucher-Regal	4,80
Für Heftungsabonnement	10,27
Für Ausschüsse im Bureau	26,--
Für „Gleichheit“, „Dämala“ und „Operario	925,58
Für Karten	101,60
Für Schreibmaterialien	2,75
Für die Zeitungsbezüge	600,--
Erforschung für Reisiger und Reisenden	48,--
Bureau-Miete, Reinigung zc.	73,--
An den vom Vorstand gewählten Proletaren	132,30
Porto für Briefe und Pakete des Vorstehenden	344,82
Porto für Geld und Briefe des Kassierers	86,22
Zu ei. eingezahltes Geld zurückbezahlt	133,40
Nicht eingezahlte Gelder	93,94
Zufuß an die Zahlstellen	2 003,--
Summa:	30 515,92 M.

Bilanz:	
Gesamteinnahme	289 111,61 M.
Gesamtausgabe	30 515,92
Reicht Kassenbestand	258 595,69 M.

Hannover, den 11. Januar 1904.  
Ang. Brey, 1. Vorsitzender. Fritz Brand, Kassier.  
Die Revisoren:  
H. Niemeyer. Ferdinand Phillips.

## Bekanntmachung.

Der Nummer 26 waren die Abrechnungsformulare für das 4. Quartal beigelegt.

Nachdem die erhöhten Beiträge dreiviertel Jahre in Geltung sind, wird Nachfrage nach allem Material, Marken: à 15 Pf., à 7 1/2 Pf., Streikmarken à 5 Pf. und Extramarken à 10 Pf., nicht mehr vorhanden sein. Es werden daher die alten Materialbestände nicht mehr weiter geführt, und sind alle alten Marken mit einzulösen.

Wir fordern besonders die ersten Bevollmächtigten und die Revisoren auf, für pünktliche Einlieferung der Abrechnung zu sorgen. Wie die Abrechnungen und Requisitionen vorzunehmen sind, ist aus dem Leitfaden, Seite 15 und 21, ersichtlich.

Die Abrechnung für das vierte Quartal 1903 ist maßgebend für die Delegation zum Verband! Es ist daher erforderlich, daß jeder Verbandsort, welcher bei der Wahlkreiseinteilung im gebührender Weise berücksichtigt sein will, sofort abrechnet.

Nachdem das Jahr 1903 abgelaufen, sind die statistischen Fragebogen einzulösen. Deshalb werden alle Bevollmächtigten, Vertrauensleute und Hilfskassierer gebeten, für Einsammeln der Fragebogen Sorge zu tragen und die abzulegenden Bogen bei Annahme nachzusehen, ob sie nicht fehlerhaft ausgefüllt sind, und notwendige Richtigstellungen sofort vorzunehmen. Alles, was an aus-

gefüllten Bogen zu bekommen ist, ist an uns einzulösen.

Kolleginnen, Kollegen! Seit dem 1. Oktober haben an verschiedenen Verbandsorten, so in Bremen, Nienburg a. S., Calbe, Schlutup und Reinsig fast 1000 unserer Kollegen im Kampfe mit dem Unternehmertum gestanden. Nach all den aufgezählten Orten muß, mit Ausnahme von Schlutup, noch Unterstützung gesandt werden. Seit dem 1. Oktober haben wir durchschnittlich jede Woche 7000 Mark Streikunterstützung ausgegeben. Diese Sachlage erfordert es, daß unsere Kollegen es als ihre Ehrenpflicht betrachten müssen, uns mit Kampfmitteln zu unterstützen. Öffentlich ersucht auch unser Ruf, der Ruf der eigenen Organisation nach Hilfe nicht unterhört! Wir legen den Kollegen keine besonderen Opfer auf, wir versenden keine Bitten, rechnen aber mit Bestimmtheit darauf, daß jene Verbandsorte, die über Lokalbestände verfügen, uns mit einer Summe bedenken werden.

Wer erhält die „Gleichheit“? Nur solche weibliche Mitglieder, deren Männer auch Mitglieder unseres Verbandes sind. Alle anderen weiblichen Mitglieder erhalten den „Proletarier“.

In welchem Falle erfolgt Beitragsbefreiung?

In Falle der Arbeitslosigkeit oder Krankheit. Die Mitglieder, welche von den Beiträgen bis zu drei Monaten befreit sein wollen, haben ihre Invalidenkarten den Bevollmächtigten vorzuzeigen. Dauern Krankheit und Arbeitslosigkeit länger denn drei Monate, so müssen den Bevollmächtigten beim Vorstände in Hannover für die folgende Zeit Beitragsbefreiung beantragen. Länger denn sechs Monate kann eine Befreiung von den Beiträgen nicht erfolgen. Nach Ablauf dieser Zeit tritt wieder ordentliche Beitragsleistung ein.

Wer bezahlt den geringeren Beitrag?

Mitglieder, die eine Invalidenrente beziehen, aber nicht solche Mitglieder, die einen Unfall erlitten haben, der einen Teil ihrer Erwerbsfähigkeit beseitigt.

Wer erhält ein Ersatzbuch unentgeltlich?

Nur solche Mitglieder, deren Buch vollgesteuert ist. Uebertretende Kollegen und solche, deren Buch auf irgend eine Weise verloren gegangen ist, müssen das neue Buch mit 30 Pf. bezahlen.

Wer erhält Reisegeld? Wer 52 Wochenbeiträge geleistet, sich ordnungsmäßig abgemeldet und mit einem Kontrollschein versehen hat.

Wann können die Mitglieder in einen Streik eintreten?

Nur dann, wenn der Vorstand seine Zustimmung zu dem Streik gegeben hat. Angriffstreiks müssen einen Monat vor ihrem Beginn dem Vorstände mitgeteilt werden.

Auch Abwehrstreiks müssen vor ihrem Ausbruch dem Vorstände zur Kenntnis gebracht werden.

Vollgewordene Mitgliedsbücher sind nicht einzulösen! Die erforderlichen Ersatzbücher werden, sobald uns die Anzahl angegeben ist, von uns zugesandt.

Die Abrechnungen kosten ohne Belege 20 Pf. Porto. Briefe, die mit 20 Pf. Marke frankiert sind, können 250 Gramm  $\approx \frac{1}{2}$  Pfund wiegen. (Siehe auch die Portotage auf Seite 43 des Leitfadens.)

Das Adressenverzeichnis soll neu herausgegeben werden. Die Kollegen wollen uns daher Berichtigungen des jetzigen Verzeichnisses umgehend zusenden.

Mit kollegialischem Gruß  
August Brey.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Rückblick: Widerspiegelung des Wirtschaftsganges in den Anzeigenschriften. Der Verleih für Sozialpolitik über den Arbeitsmarkt der letzten Jahre. Weitere Steigerungen in Eisenbahnverkehr, bei der Eisen- und Kohlenproduktion.

Der Niedergang zum neuen Jahre vollzog sich im allgemeinen unter den gleichen Umständen, wie wir sie oft genug für die letzten Monate als charakteristisch hervorhoben: Die Produktion und die Bäume glauben ihre gute, profitable Zeit in voller Kraft zurückgelegt, so daß sogar Kriegsgüter den Optimismus nur vorübergehend zu bereichern vermögen; die Produktion hat sich zwar gleichfalls wesentlich gehoben, aber von einem der optimistischen Bewertung entsprechenden tatsächlichen Aufschwung kann noch immer nicht gesprochen werden; ein großer Teil der Produktionsvermehrung (im ersten Sinne die Ausfuhr der Montanprodukte) ruht sogar auf Voraussetzungen, die mit der Ausbreitung der Krise und mit dem Preisfall im Ausland immer hinfalliger werden; denn in England und vor allem in den Vereinigten Staaten vertieft sich die Krise nach wie vor.

Auf alle diese Erscheinungen brauchen wir nicht von neuem einzugehen. Dagegen seien aus den Rückblicken und Jahresberichten, wie sie jetzt überall veröffentlicht werden, einige kennzeichnende Einzelbeobachtungen festgehalten.

Die schlechteste Lage der Lohnarbeiterschaft und auch der selbständigen Kleinrentnerkreise und Kleinrentner kam für das Brauereigewerbe im Geschäftsjahre 1901/02 in einem empfindlichen Rückgang des Bierkonsums zum Ausdruck. Ueberrasschend war jedoch auch in dem besten letzten Geschäftsjahre 1902/1903 — fast alle Brauereien beklagen ihr Geschäftsjahr im Herbst — von einer reichlichen Lebensweise auf diesem Konsumgebiet fast nichts zu hören, erst in den letzten Monaten soll der Absatz sich einigermaßen gehoben haben. In allen unseren großen industriellen Zentren, nicht ein Fachmann, leidet die Lage wieder, daß das Geschäft unter Arbeitslosigkeit und noch wesentlich zu leiden hat. Beim Weinbau spielt zwar stets die Witterung eine gewisse Rolle; doch der Hauptfaktor bleibt immer die bedrückte oder gehobene Lage der konsumierenden Massen. Teils werden diese in Kollektiven aus der Aufschwungsperiode noch lange nicht wieder erreicht haben,

teils werden sie zunächst für Rückzahlung gemachter Schulden, für Ausfüllung entstandener Lücken im Haushalt stärker in Anspruch genommen sein, teils fördern die höheren Ausgaben für unentbehrliche Lebensmittel (z. B. die gestiegenen Fleischpreise) die Ausgaben für weniger notwendige Genussmittel ein.

Nun konstatiert jedoch derselbe Fachmann weiter, daß es den meisten Berliner Großbrauereien gelungen ist, ihren Absatz den niedrigen Verhältnissen zum Trotz zu steigern. Das heißt in offenem Deutsch: der Rückgang des Konsums hat zu einem gesteigerten Kampf um den Absatz geführt und dabei sind die Mittel- und Kleinbetriebe doppelt schädlich gefährdet; nicht nur der volle Konsumrückgang entfällt auf ihre Verluste, sondern darüber hinaus haben sie noch weiteres Terrain an ihre kapitalstärkeren Konkurrenten verloren. Dagegen haben die Großbetriebe selbst in der Zeit des Niederganges einen, wenn naturgemäß auch schwachen Aufschwung zu verzeichnen; sie haben die Kundenjagd entschlossener und erfolgreicher als sonst betrieben, wenn auch aus dem Anwachsen der Debitoren (Schuldner), aus den vereinzelt hohen Rückstellungen auf Verkäufere (Wirtschafts-)Konto und den Abschwüngen auf zweifelhafte Forderungen, die Schattenanteile dieser Erfolge deutlich hervortritt. So sind denn bei den 18 Berliner Aktienbrauereien die Dividendenverträge 1902/03 nur in einem Falle unter der Höhe der vorjährigen zurückgegangen, vier Betriebe war es dagegen möglich, ein besseres Resultat als in dem Vorjahre herauszuwirtschaften. Die Schützengassebrauerei verteilte z. B. 15 Prozent Dividende (gegen 14 im Vorjahr), die Brauerei Pagenhofer (Friedrichshöhe) 14 (gegen 12) Prozent, die Bergschloßbrauerei beide Male 20, die Vereinsbrauerei Sigdorf 12 und 14 Prozent.

Auch für den Arbeitsmarkt haben wir jetzt einen umfassenden Rückblick erhalten und zwar in Gestalt eines Sammelbandes des Vereins für Sozialpolitik (Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 109: Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff. Die Krise auf dem Arbeitsmarkt.) Auf die Ausgestaltung und die Ergebnisse dieser Untersuchungen wird noch öfter zurückzukommen sein. Hier möchten wir nur betonen, wie sehr die allgemeine Auf- und Niederbewegung des Arbeitsmarktes dem Gesamtbild des Wirtschaftslebens entspricht. Das Verhältnis der offenen Stellen zu den Arbeitsuchenden hatte sich seit 1896 bis 1899 ununterbrochen günstiger entwickelt; der gleiche Monat des Folgejahres ist in dieser Periode regelmäßig vorteilhafter für den Arbeitsuchenden als im Vorjahre. Diese aufsteigende Kurve hält an bis zum Januar-Februar 1900. Während im Februar auf 100 offene Stellen

1896	147,5
1897	139,3
1898	134,2
1899	111,1

kamen, wendet sich dann das Blatt und wir finden im Februar 1900—1902: 113,1, 146,8 und sogar 208,8 Arbeitsuchende. Der Erholungsprozess verläuft alsdann nicht so gleichmäßig, doch im großen und ganzen wird man sagen können, daß im August 1902 der Tiefpunkt der Produktionsstörung erreicht war und daß sich dann die Aussicht, Stellung und Brot zu erlangen, im Durchschnitt allmählich wieder bessert.

Solche Statistiken haben freilich viel Fragwürdiges an sich. Vielfach wird man aber schälen dürfen, daß die Einkommensverteilung der Lohnarbeiterschaft eher noch schlimmer war, als der wachsende Kampf um die Arbeitsstellen. Der nur halbbeschäftigte oder geringer entlohnte Arbeiter erscheint gerade in der schlechten Zeit meist nicht als „Stellungsuchender“, weil er weiß, daß die Suche umsonst ist, und weil er froh ist, ein Unterkommen, wenn auch ein verächtliches, zu haben. Ferner zeigt gerade die von Dr. Jastrow geleitete Berufsuntersuchung, daß in kritischen Zeiten das Kapital die Frauensarbeit noch mehr als sonst bevorzugt, daß also auch auf diese Weise in starkem Maße die niedriger gelohnte Arbeit an die Stelle der höher gelohnten tritt.

Der Rückgang mancher Verbrauchsziffern ist darum kein Wunder. So gewahren wir zwar beim großstädtischen Fleischverzehr mehrfach schon 1897 und 1898 wegen der Fleischverwertung eine zeitweise Besserung. Doch die Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung lassen sich trotz dieser Störung erkennen. So betrug der Kopfanteil des Fleischverbrauchs in Kilogrammen:

1895	1896	(1897)	(1898)	1899	1900	1901	1902
in Berlin mit 8 km Umkreis	—	—	—	76,6	81,0	80,3	75,1
in München	77,7	82,2	(81,7)	(79,2)	81,8	81,8	78,5
in Dresden	69,5	76,3	(72,4)	(71,5)	72,3	72,2	69,8
in Leipzig	54,8	60,4	(62,5)	(62,1)	65,1	66,0	63,4

Wie aus dem Arbeitsmarkt, kommt somit auch hier mit der Jahreswende 1899/1900 der Umschwung. Ähnliche Ergebnisse weist dann nach Dr. A. Slager-Wülfen der Verkonsum Münchens und Dresdens auf — untere oben gemachten Mitteilungen bezogen sich wesentlich auf Berlin und Berlins Abzweiggebiet. Soweit Verbrauchsziffern zur Verfügung stehen, hat sich gezeigt, daß die Krise einen fühlbaren Verbrauchsrückgang an Nahrungsmitteln und zwar zunächst an Fleisch und Bier zur Folge gehabt hat. (Dr. Singer.)

Nun zu einigen erfreulichen Feststellungen der letzten gemachten Wirtschaftsberichte. Für die preussischen Eisenwerke liegen die Abschlüsse bis Ende November vor, und danach sieht sich die Verlehrsbelegung im allgäuften Jahr ohne Unterbrechung fort. Für die preussisch-hessische Gemeinschaft liegen an den ersten acht Monaten des laufenden Geschäftsjahres (eben bis Ende November, da das Geschäftsjahr am 1. April beginnt) die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr mit 304 625 000 M. die vorjährigen um 13 941 000 M. oder 4,9 v. H. übertreffen; die Einnahmen aus dem Güterverkehr waren mit 668 484 000 M. um 40 116 000 M. oder 6,4 v. H. größer, und auch die Einnahmen aus sonstigen Quellen lagen mit 58 280 000 M. um 2 272 000 M. über den vorjährigen. Die gesamten Einnahmen betrugen hiernach in den acht Monaten 1 031 389 000 M. gegen 975 060 000 M. im gleichen Zeitraum des Vormonats, so daß der Ueberschuß des laufenden Jahres bisher 56 329 000 M. oder 5,8 v. H. beträgt. Die auf das Kilometer entfallende durchschnittliche Einnahme liegt mit 31 516 M. um 1293 M. oder 4,3 v. H. über der vorjährigen.

Die Kohlenproduktion Deutschlands (einschließlich Luxemburgs) wird, wie schon oft erwähnt, das Jahr 1903 als Rekordjahr zu verzeichnen haben. Vom 1. Januar bis 30. November 1903 wurden produziert 9 236 886 T. gegen 7 648 665 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Ebenso gestaltet sich das Bild der Kohlenproduktion für die nunmehr gleichfalls die Statistik bis Ende November vorliegt. Danach ergab sich in den ersten 11 Monaten 1903 (in Klammern: 1902) eine Förderung von Steinkohlen von 106 714 278 T. (97 827 672), an Braunkohlen von 41 624 043 Tonnen (39 069 114), an Koks 10 509 084 T. (8 328 793) und an Bräun 9 531 359 T. (8 370 372). Die Einfuhr stieg sich von Januar bis November an Steinkohlen auf 6 252 863 T. (5 855 231) und an Braunkohlen auf 7 377 329 T. (7 273 425). Dagegen betrug die Ausfuhr an Steinkohlen seit 1. Januar 15 978 849 T. (14 536 703) und die Koksenausfuhr 210 099 T. (242 756) bzw. 2 316 889 T. (1 963 603). Danach hat auch das Ausfuhrwachstum angehalten, aber die Nachproduktion ist doch im wesentlichen vom Binnenmarkt aufgenommen worden, — ein unverkennbares Anzeichen für die Wiederbelebung der deutschen Gesamtproduktion.

Berlin.

Max Schippel.